

Appell für Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte vor der Bundestagswahl

Anlässlich der aufgeheizten Migrationsdebatte, die sich vor der anstehenden Bundestagswahl durch alle Parteien zieht, formuliert der Flüchtlingsrat Oberhausen einen Appell an die Oberhausener Bevölkerung, für die Werte von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechten einzustehen:

„Liebe Oberhausener Bürger und Bürgerinnen,

uns alle eint der Wunsch nach einem Leben in einer Gesellschaft, die uns schützt und unterstützt, in der wir beteiligt und respektiert werden. Diese grundlegenden Werte – Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte – sind das Fundament unserer Gemeinschaft. Sie garantieren, dass unsere grundlegende Würde und unsere Freiheit gewahrt werden. Es ist die Aufgabe von uns allen, diese Werte zu bewahren und zu verteidigen.

Die Stärke unserer Gesellschaft liegt in der Vielfalt: Unterschiedliche Ideen, Herkunftsgeschichten, Religionen, Weltanschauungen und Identitäten bereichern uns. Geflüchtete Menschen aus zahlreichen Regionen der Welt sind längst Teil unserer Gesellschaft geworden. Sie arbeiten hier, engagieren sich und ziehen ihre Kinder groß. Taten einzelner Personen, die uns fassungslos machen und in Entsetzen zurücklassen, wie zuletzt der schreckliche Angriff von Aschaffenburg, dürfen niemals dazu führen, dass ganze Gruppen stigmatisiert, rassifiziert oder entrechtet werden.

Ob geflüchtet, eingewandert oder hier geboren, wir sind alle Teil dieser Gesellschaft. Grund- und Menschenrechte gelten entweder für uns alle oder sie gelten gar nicht. Die Diskussionen über Verschärfungen des Staatsangehörigkeits-, Aufenthalts- und Asylrechts, und die Rhetorik, mit der sie im aktuellen Wahlkampf geführt werden, bedrohen dieses Selbstverständnis.

Polarisierende und grob rechtswidrige Forderungen nach Zurückweisungen von Schutzsuchenden an den deutschen Binnengrenzen, der Abschaffung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte, nach Rückführungen in Kriegs- und Krisengebiete und nach pauschalen Inhaftierungen aller vollziehbar ausreisepflichtigen Personen sind nicht dafür geeignet, aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen zu begegnen. Stattdessen schwächen sie durch ihre offensichtliche Rechtswidrigkeit unsere Verfassung und den Wert von europäischem und internationalem Recht.

Die meisten Probleme in diesem Land sind keine Migrationsprobleme und die menschenunwürdige Behandlung von Schutzsuchenden führt sicher nicht dazu, dass mehr Wohnraum oder mehr Kitaplätze entstehen, dass Schulen, Brücken oder Bahnstrecken saniert werden, dass Energiekosten bezahlbar bleiben und auch nicht dazu, dass ein funktionierendes Gesundheitssystem geschaffen wird, in dem auch psychische Erkrankungen angemessen versorgt werden.

Wir haben die Wahl: Wollen wir ein offenes, vielfältiges und demokratisches Land bleiben, das die Rechte und Grundfreiheiten aller wahrt und das die Menschen in ihrer Unterschiedlichkeit respektiert und schützt? Oder gehen wir zurück in eine düstere Zeit, in

der Grund- und Menschenrechte nur noch für einige gelten und ganze Bevölkerungsteile zu Schuldigen für gesamtgesellschaftliche Missstände gemacht werden?

Setzen Sie sich am 23. Februar mit Ihrer Stimme für eine offene Gesellschaft ein, die Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte bewahrt!“

Der Flüchtlingsrat Oberhausen e.V. ist ein gemeinnütziger Verein, der sich in den 1990er Jahren mit dem Zweck gegründet hat, den Problemen von Geflüchteten gemeinsam entgegenzutreten. Mehr Informationen unter:

<http://fluechtlingsrat-oberhausen.de/>

Der Flüchtlingsrat ruft außerdem dazu auf, sich in Oberhausen an der Demonstration gegen den Dambruch der Brandmauer zu beteiligen, die am Samstag 15. Februar 2025 um fünf nach zwölf stattfindet, beginnend am CDU-Parteibüro in der Gewerkschaftsstraße 47-49.

Oberhausen wird laut – wir sehen uns

Flüchtlingsrat Oberhausen

